

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 85

Sonntabend, den 11. April 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Parteigenossen!

Nur noch wenige Wochen trennen uns von dem  
**Arbeiter-Weltfeiertag.**

Es gilt, ungesäumt alle Kräfte anzuspannen, da, wo organisierte Genossen vorhanden sind, eine würdige Feier des Weltfeiertags vorzubereiten.

Die Genossen der größeren Parteiorte sind zwar schon in vollem Eifer an der Arbeit, eine würdige Feier des Weltfestes zu veranstalten, doch auch von den kleineren Orten darf nicht einer zurückbleiben, in einer durch die Verhältnisse gebotenen Form sich an der Maidemonstration zu beteiligen.

Ueber die Bedeutung und Form der Feier wurde auf dem Breslauer Parteitag folgende Resolution gefaßt:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden.“

Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe einzutreten zu lassen.“

Parteigenossen! Die gegenwärtige, aufsteigende Konjunktur ist für die allgemeinere Durchführung der Arbeitsruhe als der würdigsten Form der Feier des 1. Mai eine günstige. Wir wissen, daß da, wo es angeht, die Genossen diese Gelegenheit ausnützen werden, ohne in den Fehler der Uebereilung und Unbesonnenheit zu verfallen.

Parteigenossen! Der Moment muß ausgenützt werden, die Kunde von der Idee der Maifeier bis in die entlegenste Arbeiterhütte zu tragen. Für die Förderung der Agitation der dem Weltfeiertage zu Grunde liegenden Ideen ist die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W., Beuthstraße No. 2, erscheinende

## Maifest-Beitrag

ein vorzügliches Agitationsmittel.

Die Bestellungen wollen die Genossen rechtzeitig an vorstehende Adresse aufgeben.

Parteigenossen! Nun alle Mann Hand ans Werk, damit die Feier eine würdige und allgemeine werde!

Hoch die Sozialdemokratie, die Vertreterin der Arbeiterklasse!

Hamburg, den 7. April 1896.

Der geschäftsführende Ausschuss.

## Spiel mit dem Feuer.

Maximilian Robespierre, der bekanntlich durch und durch Nationalfranzose war, sprach beim Prozesse Ludwigs XVI. die merkwürdigen Worte: „Die Nation sind die sogenannten anständigen Leute, die Bevorrechteten; das Volk sind die armen, arbeitenden Klassen.“

Die Revolution hat jenen Volkstribunen verschlungen, allein sein Wort ist heute noch in Geltung. „Nation“ und „Volk“ ist nicht ein und dasselbe. Das sieht man am besten bei den unaufhörlichen Verwicklungen, welche europäische „Nationen“ in außereuropäischen Ländern anzetteln.

Die italienische „Nation“ führt Krieg mit Aëssinien, aber ganz gewiß nicht das italienische Volk. Dieses arme geschundene und ausgebeutete Volk trägt gar kein Verlangen danach, die Aëssinier zu unterjochen; es wäre froh, wenn es selber dem Joche seiner Ausbeuter sich entwinden könnte, wenn es nicht für 30 Pfennig täglich auf den Latifundien der Romagna arbeiten und seine Kinder dem Moloch der sizilianischen Schwefelgruben überliefern müßte. Den Krieg in Aëssinien führen die herrschenden Klassen; das Volk wird mittels des Klassenstaat-Apparats gezwungen, Gut und Blut dafür hinzugeben. Es hat seinen Widerwillen deutlich genug kundgegeben, indem es sich der Einschiffung der Truppen, die auf die aëssi-

nische Schlachtbank geführt werden sollten, widersetzt hat.

In Spanien ist es nicht anders. Wer demonstriert gegen den Freiheitskampf der Kubaner? Die „anständigen Leute“, die Bevorrechteten, und mit ihnen die Masse der habgierigen Spießbürger, welche hoffen, daß ihre Söhne als Beamte nach Kuba kommen, dort das Land ausplündern helfen und mit Schätzen reich beladen heimkehren können. So war es seit Jahrhunderten und soll es nach dem Wunsche dieser verdorbenen Klasse auch bleiben. Aber die Masse der spanischen Arbeiter — was liegt ihnen an Kuba? Wenn Spanien Kuba besitzt, so hat der spanische Arbeiter darum weder Brot noch Freiheit. Ihm sind, soweit er zum Klassenbewußtsein gelangt ist, alle Menschen Brüder, und darum gönnt er es den Kubanern von Herzen, wenn sie das spanische Joch abschütteln können.

Auch bei den Engländern und Franzosen spielt das Nationalgefühl eine große Rolle in diesen Tagen. Die englische „Nation“, d. h. die herrschenden Klassen haben ein kriegerisches Abenteuer, einen höchst überflüssigen Vorstoß nach dem Sudan beschlossen. Wenn schon ein Theil der oberen Zehntausend von diesem neuen Raubzug nichts wissen will, so können die englischen Arbeiter erst recht nicht einsehen, welchen Zweck das Unternehmen haben soll. Es gab eine Zeit, da sich die englischen Arbeiter sehr viel mit auswärtiger „hoher“ Politik beschäftigten; es war damals, als sie sich noch ganz im Schlepptau der alten Parteien befanden. Damals stiegen häufig die Minister zu den Proletariern hernieder und hielten ihnen Reden über die orientalische Frage und dergleichen; damit lenkte man den Blick der Arbeiter von den innerpolitischen Zuständen ab. Das ist nunmehr anders geworden; die englischen Arbeiter haben an der Erweiterung des Wahlrechts und an ihren Lohnkämpfen ein größeres Interesse, als am Mahdi und den Derwischen in den Wüsten des Sudans.

Da die Franzosen vermuthen, England mache den Kriegszug nur, um sich in Egypten besser festsetzen zu können, so ist die alte National-Eiferucht erwacht und hat schon eine Regierungskrise herbeigeführt. Aber es sind nicht die Arbeiter, nicht das Volk, die sich über das Unternehmen Englands aufregen; wenn man in Frankreich von der „Nation“ spricht, so sind es heute noch so gut wie im Jahre 1792 die „anständigen Leute“, die bevorrechteten Klassen. Die französischen Arbeiter, die so kräftig, wenn auch vergeblich, gegen den Krieg von 1870 protestirt haben — wie sollten sie sich für Egypten interessieren? Die französischen Arbeiter, bei denen das Klassenbewußtsein erwacht ist, sind niemals Chauvinisten gewesen, und kein Volk der Erde hat mehr brüderliche Gefühle für die Völker der Welt gezeigt, wie das Volk von Paris. Aber die oberen Zehntausend haben stets eine gewisse Sehnsucht nach dem Lande der Pharaonen gehabt; wie sie schon 1798 den General Bonaparte mit dem besten Heere Frankreichs dahin sandten, so machen sie in den achtziger Jahren durch Gambetta den Versuch, Egypten zu gewinnen. Gambetta hoffte mit einer gemeinsamen Besetzung sein Ziel zu erreichen, indem später die Engländer hinausgedrängt werden sollten. Allein es kam umgekehrt. Die schlauen Engländer besetzten schließlich das Land, das sich davon nicht erbaut fühlte, das sie aber nicht mehr räumen wollen. Die ägyptische Frage war immer eine latente Kriegsgefahr und ist gegenwärtig wieder akut geworden. Die Engländer, die sich sonst so sehr rühmen, eine vermittelnde friedliche Politik inne zu halten, haben in diesem Falle einen casus belli (Kriegsfall) geradezu vom Baume gebrochen.

Die Völker selbst treiben niemals Eroberungspolitik. Weder der Arbeiter noch der Bauer hat ein Interesse an einer solchen. Wenn es sich um überseeische ferne Länder handelt, schon gar nicht. Sie müssen das Blut ihrer Söhne und einen Theil ihres Gutes dafür hingeben, während die Bevorrechteten, die allein den Gewinn von solchen Unternehmungen ziehen, dabei in ihren Salons bleiben und an der Börse oder in den Kontors der Banken den Gewinn einstreichen, den sie aus den kriegerischen Unternehmungen ziehen.

Das ist der Klassenstaat und die Klassenherrschaft überhaupt. Wir würden ohne diese Klassenherrschaft nicht in einer ununterbrochenen Kriegsgefahr leben. Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Militarismus zeigt sich auch hier zur Evidenz.

Es ist ein gefährliches und frivoles Spiel mit dem

Feuer, das getrieben wird. In der Türkei, in Ostasien, auf Kuba, in Egypten, in Aëssinien, in Südafrika — überall sind die „Nationen“, d. h. die herrschenden Klassen europäischer Reiche unmaßig an der Arbeit, sich Vortheile zu verschaffen und mit einander zu rivalisiren. Es ist eine Situation, wie wenn ein Mensch in einem Pulvermagazin, wo offene Pulbertonnen stehen, Zigarren raucht und sich um den gefährlichen Explosionsstoff gar nicht bekümmert.

Weh, wenn einmal der Funke in's Pulverfaß fällt und wenn daraus eine internationale Krisis entsteht! Die Verwüstung wird in allen Ländern eine ungeheure sein. Welche Gestalt dann Europa annehmen wird — wer kann das heute auch nur ahnen?

Aber eines scheint uns gewiß. Wir geben zwar die Hoffnung nicht auf, daß die Neugestaltung der Verhältnisse, die Umwandlung der Produktionsform sich auf friedlichem Wege vollzieht, bewirkt durch die Macht der Thatfachen, die in unserer fortschreitenden Entwicklung sich äußert. Wenn dies aber nicht geschieht, wenn ein Weltkrieg der friedlichen Entwicklung ein jähes Ende bereitet, dann werden am Ende des großen Kampfes die Völker sich über die Ursachen ihres Unglücks vollkommen klar sein. Wenn sie dann ihre Verhältnisse und Zustände neu ordnen, werden sie vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Klassenherrschaft für all Zukunft ausgeschlossen bleibt.

Es müßte denn sein, daß Europa, dessen Völker sich gegenseitig geschwächt, unter das russische Despotenjoch falle, was nicht wahrscheinlich, aber auch nicht unmöglich ist.

Wenn große Katastrophen kommen, so sind sie nur durch den Egoismus der herrschenden Klassen verschuldet!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Reichstags-Ersatzwahl in Ansbach-Schwabach. Bei den Hauptwahlen des Jahres 1893 sind in dem Wahlkreis im ersten Wahlgange von 20 209 Wahlberechtigten 14 938 gültige Stimmen abgegeben worden. Davon entfielen auf das jetzt verstorbene Mitglied der süddeutschen Volkspartei Kröber 5536, auf den konservativen Kandidaten 2818, Nationalliberalen 2662 und Sozialdemokraten 1733 Stimmen. — In der Stichwahl wurde Kröber mit 8805 gegen 6333 für den konservativen abgegebene Stimmen gewählt. — In den „Münch. Neuest. Nachr.“ wird als Kandidat der Volkspartei Schriftsteller M. G. Conrad in München genannt, (auch Professor Dr. Quide wird als volksparteilicher Kandidat genannt. Red. d. „L. W.“), als Kandidat der konservativen Agrarier von der Richtung Luz-Nißler Landtags-Abgeordneter Besh aus Kathäberg.

Tropenkolle oder sonst etwas? Am vorigen Sonntag trug sich auf dem Schloßplaz Mannheim, wie unser dortiges Parteiorgan schreibt, ein wahrhaft empörender Auftritt zu. Ein fünf- bis sechsjähriges Bübchen, ein Sohn des Herrn Schreinermeisters Josef Sommer, spielte daselbst mit einem Zigarrenstücken, in dem es Sand und Gras zu einem Neste für seinen „Osterhasen“ holte, und stieß dabei unversehens an einen Herrn, der mit einer Dame am Arm den Plaz passirte. Diese „Beleidigung“ und „Belästigung“ verletzete den Herrn in helle Wuth. Er ergriff das Kind und stumpte dasselbe etwa fünf bis sechs Mal mit dem Kopfe derart auf den Boden, daß dem armen Kinde das Blut aus Mund und Nase strömte und allem Anschein nach das Nasenbein zerquetscht wurde. Ein Arbeiter, der Zeuge dieser rohen Mißhandlung war, eilte herbei und entriß das arme wehrlose Kind den Händen seines Peinigers. Da dies nicht ohne zahlreiche Stöße abging, welche der mit Recht empörte Arbeiter dem Herrn verabfolgte, eilte Letzterer zu einem in der Nähe stehenden Gensdarmrie-Wachmeister und beschwerte sich in entrüstetem Tone, warum derselbe ihm nicht zu Hülfe gekommen sei, als er von dem Arbeiter „angefallen“ worden wäre. Als der Angeredete seine Entrüstung über die Mißhandlung des Kindes ausdrückte, fragte der Herr: „Wissen Sie nicht, wer ich bin? Ich bin der kaiserliche Regierungsrath Dr. Bumiller.“ — Das Kind wurde von dem Arbeiter aufgehoben und auf die Polizeiwache getragen, wofelbst man es wusch und nach Eruirung des Namens in die elterliche Wohnung überführte, wo es



jezt noch krank zu Bette liegt. — Herr Dr. Dumiller ist einer unserer Kolonialhelden, ein vielgefeierter Kollege des Leift, Wehlan und Dr. Peters, als dessen Nachfolger man ihn in letzter Zeit vielfach nannte. Die Befähigung zu dieser Stellung hat er durch das Debüt, das er im Mannheimer Schloßhof zum Besten gab, glänzend erwiesen. Für afrikanische Verhältnisse mag eine solche „Heldenthat“ zu den gewöhnlichen Ereignissen zählen, für uns zeigt sie, daß dieser Mann gemeingefährlich ist und in's Irrenhaus oder anderswohin gehört, wo er unschädlich gemacht ist und wo ihm keine Kinder und keine schwarzen Schutzbrillen in den Weg kommen.

Die Gesandtschaft in Ruppin-Templin für den verstorbenen freisinnigen Reichstags-Abgeordneten Bohm findet, wie uns aus Neu-Ruppin gemeldet wird, laut amtlicher Bekanntmachung am 21. Mai, d. h. am Donnerstag vor Pfingsten, statt.

Die preussische Kreditvorlage ist dem Abgeordnetenhaus dieser Tage zugegangen. Die Staatsregierung wird darin ermächtigt, zum Bau von im Ganzen 18 Eisenbahnlinien die Summe von 57 503 000 Mk., zur Beteiligung des Staates an dem Bau von zwei Eisenbahnen 818 000 Mk., zur Förderung des Baues von Kleinbahnen 8 000 000 Mk. und zur Errichtung von landwirtschaftlichen Getreidelagerhäusern 3 000 000 Mk., insgesamt 69 321 000 Mk. zu verwenden. Ueber die Verwendung der letztgenannten beiden Fonds wird dem Landtage abjährlich Rechenschaft abgelegt werden.

Der sechste Parteitag der badischen Sozialdemokratie wurde am Sonntag Nachmittag in Heidelberg eröffnet. 39 Orte waren durch 50 Delegierte vertreten; die beiden Landtagsabgeordneten Dreesbach und Geiß, sowie die Landesvorstände Haug und Engesser waren ebenfalls unter den offiziellen Teilnehmern. Der Nachmittag wurde ausgefüllt mit der Diskussion über die Thätigkeit des Landesvorstandes im Anschluß an das Haug'sche Referat. Der wichtigste Beschluß, der nach einer Osternbeichte der einzelnen mit Verbandsschulden behafteten Vereine gefaßt wurde, betrifft einen allgemeinen Schuldenerlaß für alle Guthaben, die vor dem 1. April 1895 entstanden. Dem Kassirer wurde dann die Entlastung erteilt. Die Verhandlungen zogen sich etwas unliebsam in die Länge, weil nicht Alles, was für einen solchen Kongreß präpariert sein sollte: gedruckte Anträge, die Geschäftsordnung usw. vorbereitet war. An die sozialdemokratischen Kongresse in Stuttgart und Prag gingen Begrüßungstelegramme ab.

Am Montag erstatte der Landtagsabgeordnete Geiß das Referat über die Thätigkeit der Landtagsabgeordneten, woran sich eine sehr lebhafteste Debatte, zuweilen eine starke Kritik knüpfte. Man tabelte, daß dem System Eisenlohr nicht sein ganzes Sündenregister gegen die bürgerliche Freiheit vorgehalten wurde und hauptsächlich die Stellung der Landtagsabgeordneten zu dem „Hospitanten“ Stegmüller. Der Offenburger Antrag, daß man alles Material, das zur Information der Landtagsabgeordneten dienen soll, an den Landesvorstand senden möge, wurde angenommen; desgleichen ein Antrag Schauer, der die Zustimmung des Parteitagcs zu dem „Was“ des Landesvorstandes ausdrückt, wonach die Sozialdemokratie eine Anlehnung der Landtagsabgeordneten an den Abg. Stegmüller nicht wünscht. An die Referate des Abg. Dreesbach und Genossen Adolf Geck über Landtags- bzw. Gemeindevwahl knüpften sich lange Diskussionen. Insbesondere kam die Zeit, die zum Schluß drängte, weshalb die vielen in Spezialanträgen niedergelegten Herzenswünsche eine sehr beschleunigte Behandlung erfordern. Die Preßangelegenheit wurde zur allgefälligen Lösung in die Behandlung des Landesvorstandes überwiesen.

Der Borort für das nächste Jahr ist wiederum Freiburg. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß Kalnbach den Kongreß, der im Ganzen einen sehr sachlichen Verlauf nahm und die Entwicklung der badischen Sozialdemokratie fördern wird. Zu Ostern des nächsten Jahres findet der nächste Parteitag in Offenburg statt.

Die Landes-Versammlung der Sozialdemokraten Württembergs tagte am 1. Ostertage in Stuttgart. 180 Delegierte aus allen Theilen des Landes waren erschienen, ein Beweis, daß die Ausbreitung der Sozialdemokratie auch im „Schwabenlande“ rapide Fortschritte macht. Zum Vorsitzenden wurde der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bloß gewählt. Der Geschäftsbericht des Vorstandes konstatierte ziffernmäßig das bedeutende Anwachsen der Partei und konnte die Pflichttreue und den Eifer der Parteigenossen in jeder Beziehung rühmen. Landtagsabgeordneter Kloß gab dann ein Bild der Verhandlungen des Landtags und erhielt einstimmig und ohne Diskussion das Vertrauen der Versammlung ausgesprochen, wie denn auch dem Landesvorstand einstimmig und ohne Diskussion Decharge erteilt wurde. Sodann wurden die eingelaufenen Anträge beraten, wobei der langjährige Streit in Heilbronn durch eine alle Beteiligten zufriedenstellende Resolution beigelegt wurde, so daß zu hoffen steht, die Parteiverhältnisse in Heilbronn werden wieder gesünder werden. Dem gefangenen Genossen Tauscher bereitete die Versammlung eine Ehrengung, indem sie ihn einstimmig zum Vertreter Württembergs auf dem Londoner Kongreß wählte und ihm damit seinen Lieblingswunsch, London wiederzusehen, erfüllte. Der bisherige Landesvorstand wurde, mit einer Ausnahme, wiedergewählt; Vorsitzender bleibt Genosse Dietrich; Kassirer Genosse Belli. Um 9 Uhr Abends schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie die imposant verlaufene Versammlung.

Während gewisse „Standeskreise“ das Duellwesen nach wie vor als notwendiges Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer privilegierten Ehre zu verteidigen suchen, hat bezeichnender Weise der deutsche Adelsstag, der im vorigen Monat tagte, einen entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Er hat Ehrengerichte für die Mitglieder der Adelsgenossenschaft vorgelesen, welche Ehrenhändel von Mitgliedern auf ordnungsmäßigem Wege schlichten sollen, und zwar sollen für diese Schlichtung, wie im „Deutsch. Adelsbl.“ ausgeführt wird, folgende Grundsätze maßgebend sein: „Die Kompetenz der Ehrengerichte bei Schlichtung von Ehrenhändeln soll auf einen ordnungsmäßigen Weg unbedingt beschränkt werden, so daß das Ehrengericht, resp. der Ehrenrath in keinem Falle weber auf Duell erkennen, noch durch Beteiligung bei einem solchen es sanktionieren darf. Wenn Mitglieder der Deutschen Adelsgenossenschaft, die glauben, ihre Ehrenstreitigkeiten nicht ohne Duell erledigen zu können, doch zu einem solchen schreiten, so geschieht das jedoch ohne Anrufung und irgend welche Beteiligung des Ehrengerichtes oder Ehrengerichtes der Genossenschaft, so daß diese in keiner Weise eine Verantwortung für ein solches Duell trägt. Diese Kompetenzbeschränkung der Genossenschafts-Ehrengerichte wurde auf dem Adelsstage damit motiviert, daß es für die Adelsgenossenschaft eine Pflicht sei, den Grundsätzen derjenigen Mitglieder voll und ganz Rechnung zu tragen, welche das Duell prinzipiell und unbedingt verwerfen. Durch die darauf erfolgte Annahme des Antrages hat der Adelsstag sich seinerseits zu dem Grundsatz bekannt, daß die prinzipielle Verwerfung des Duells und die daraus folgende Ablehnung eine Forderung als eine an sich berechnete Handlung zu betrachten sei, durch welche die Ehre des Betreffenden in keiner Weise verletzt werde.“ — Man beginnt also doch schon in den Kreisen, wo das Raufboldthum, bislang hauptsächlich gepflegt wurde, zu der besseren Einsicht zu gelangen, daß es eine Verkennung des Ehrgeizes bedeutet, wenn eine Ablehnung des Duells als eine Minderung der Ehre angesehen wird. Um so beschämender ist es, wenn manche bürgerliche Gesellschaftskreise in Nachäfferei des Duellunugs es den adeligen und Offizierskreisen fast zuvorzuthun suchen, statt den Standpunkt des gesunden Rechtsgefühls zu vertreten, daß nimmermehr mit der Waffe die Ehre vertheidigt oder wiederhergestellt werden kann, sondern immer nur durch ehrenhaftes Handeln.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten hat jetzt den Mitgliedern seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1895 zur Kenntniß gebracht, aus welchem hervorgeht, daß der Verband gegen das Vorjahr wiederum erheblich gewachsen und auch seine Finanzlage bereits eine sehr günstige geworden ist. Die Zahl der Mitglieder, welche Ende Dezember 1894 erst 5610 betrug, hat sich bis Ende Dezember 1895 schon auf 7703 vermehrt, während sich das Vermögen des Verbandes am Jahreschluß auf 100 776 Mk. belief, bei einem Kostenabchluß von 361 900 Mk. Die Haupteinnahmen 291 570 Mk. wurden von dem eigenen Waarenhause des Verbandes aus an die Mitglieder gelieferten Kleidungsstücken und anderen Gegenständen erzielt; die Mitgliederbeiträge erreichten die Summe von 26 957 Mk. Der Umsatz aber betrug an den fünf Betriebsstellen des Verbandes (Hauptgeschäft Berlin und Zweiggeschäfte Hamburg, Düsseldorf, Leipzig, Hannover) 363 666 Mk., wovon allein auf den Umsatz an Kleidungsstücken 223 886 Mk. entfielen. Die Lage des Verbandes wird also trotz aller Befehdungen, welche er von amtlicher Seite erfährt, mit jedem Jahre eine günstigere.

Ein christlich-sozialer Parteitag für den Norden und Osten des Reiches tagt gegenwärtig in Berlin. Es sind 80 Delegierte anwesend.

Hosprediger a. D. Stöcker führt den Vorsitz. Die Verhandlungen waren streng vertraulich. Vor Eintritt der Mittagspause waren folgende Beschlüsse gefaßt:

„Der Parteitag beschließt, daß die christlich-soziale Agitation in erster Linie in den Städten ihre bisher ruhende Thätigkeit aufzunehmen und mit geeigneten, den lokalen Verhältnissen entsprechenden Mitteln ihre Ziele zu fördern hat: Arbeiterfrage, Handwerkerfrage und Frauenfrage sind zunächst dem allgemeinen Verständnis in christlich-sozialem Sinne nahe zu bringen und dahin zu wirken, daß staatliche und kommunale Institutionen den Forderungen der verschiedenen sozialen in besonderer Noth und Gefahr stehenden Volksgruppen gerecht werden.“

Der Parteitag spricht Herrn Hosprediger a. D. Stöcker, dem hochverehrten und geliebten Vorsitzenden, in dankbarer Anerkennung seiner ungebeugten Festigkeit gegenüber auch seinen neuen Gegnern aus dem konservativen Lager das unbegrenzte Vertrauen aus und gelobt, seiner Fahne in unerschütterlicher Treue Folge zu leisten. Die Annahme der Resolutionen erfolgte einstimmig.

#### Oesterreich-Ungarn.

Ein Felbarbeiter-Aufstand ist in Istrien ausgebrochen. Derselbe konnte erst nach dem Eintreffen starker Gensdarmen-Abtheilungen unterdrückt werden. — Als ob Gensdarmen den Hunger stillen könnten!

Oesterreichischer Parteitag. Prag. Ostersonntag trat hier der fünfte Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs zusammen. Erschienen waren 150 Delegierte. Die deutsche Sozialdemokratie wurde durch den Reichstagsabgeordneten Meinkenbuhr vertreten; Abgeordneter Auer ist am Erscheinen verhindert. Da der Kongreß auf Grund des § 2 des oesterreichischen Veramm-

lungs-Gesetzes einberufen ist und nur aus geladenen Teilnehmern besteht, tagt er ohne jegliche polizeiliche Überwachung. Nach der Konstituierung des Parteitagcs erstattete Dr. Ellenbogen Bericht über die Thätigkeit der Partei in den letzten zwei Jahren. Ueberall zeigte sich das Wachstum der Partei, die jetzt über 14 deutsche, 13 tschechische, 2 polnische und 1 italienische Kreisorganisation verfügt. Besondere Erfolge hat die Partei in der Organisation der Bergarbeiter erzielt. Im Laufe der zwei Jahre wurden über 2000 Volksversammlungen abgehalten. Erfolge sind auch in der Heranziehung der Bauern erzielt worden. In Mähren besteht eine eigene sozialdemokratische Bauernorganisation, in West- und Südböhmen stehen viele Bauern in der Parteiorganisation und in Galizien beteiligten sich die Bauern an der Mai-feier. In Galizien ist auch ein besonderes sozialdemokratisches Agrarprogramm im Werden.

Smetana-Wien berichtet über die Thätigkeit der tschechischen Sozialdemokratie und konstatiert auch hier Fortschritte. Medner wendet sich scharf gegen die Jung-tschechen.

Es wurden dann noch eine Reihe Situationsberichte aus verschiedenen Kronländern erstattet, dann wurde die Fortsetzung der Debatte vertagt.

In der Vormittagsitzung am Montag wurde die Debatte über die Thätigkeit der Parteileitung beendet und der Parteileitung auf Antrag der Kontrolleure einstimmig Decharge erteilt.

In der Nachmittagsitzung kam Punkt 3 der Tagesordnung: „Die Wahlreform“ zur Verhandlung. Im Namen der Parteileitung tritt Dr. Adler für eine Resolution ein, die vorschlägt, die Wahlreform Baden's für u n a n e h m b a r zu erklären, trotzdem aber gleich nach dem Inkrafttreten der neuen Wahlordnung die Vertrauensmänner einzuladen, an einem geeigneten Orte des Wahlkreises zusammentreten zu wollen, um die Wahlagitation in die Hand zu nehmen und Kreiswahlkomitees zu bilden. In allen Kronländern soll eine kräftige Agitation entfaltet werden, um die Landtage zu veranlassen, die indirekten Wahlen zu beseitigen.

Die weitere Debatte bewegte sich im Großen und Ganzen im Sinne der Adler'schen Resolution und wurde schließlich abgebrochen.

#### Italien.

Mailand. Einen harten Wahlkampf hat Carpi (Emilio) hinter sich. Der Bäcker Bertesi, Sozialist, der bei letzter Wahl mit nur 20 Stimmen unterlag, hat diesmal den General Fantini mit 200 Stimmen Mehrheit geschlagen; die sozialistischen Abgeordneten Agnini, Babaloni, Costa, Prampolini und Verenini waren auf dem Kampfplatz erschienen.

#### Frankreich.

Die unehelichen Kinder in Frankreich hatten bisher amtlich bloß Mütter, keine Väter. Nun werden diese auch zur Alimentation herangezogen. Die unehelichen Kinder können sogar ihre Eltern beerben. Dieses Gesetz ist seit Montag in Kraft.

#### Lübeck und Nachbargebiete.

10. April.

Der „Volksbote“ vor Gericht. Die am 14. März vertagte Verhandlung gegen den Genossen Friedrich wegen Plath-Beleidigung findet nunmehr am Sonnabend nächster Woche, den 18. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, vor der Strafkammer II des hiesigen Landgerichtes, statt.

Der Militarismus kann Alles gebrauchen. In der am 9. d. Mts. hier selbst stattgefundenen Kontrol-Versammlung bekam sogar ein Bäckergehilfe, welcher im Vorjahre beide Beine gebrochen hat, einen der jetzt in Kurs gekommenen Mobilmachungs-Gestellungs-Befehle. Er hat sich hiernach im Falle einer Mobilmachung am 6. Tage in Lübeck bei der Kaserne zu stellen. Soll ein Mann wie dieser, dessen Beine den Rumpf kaum tragen können, auch noch das Vaterland vertheidigen?

Quid agis prudenter agas et respice finem. (Was Du thust, das thue mit Klugheit und denke an die Folgen.) Man schreibt uns: Ein bemerkenswerther Antrag hat vor Kurzem die Befürwortung des Senats und des Bürgerausschusses gefunden; es ist dies der in seiner Art epochemachende Antrag der Rochischen Schiffsbau-Genossenschaft auf Ausbaggerung des sogenannten todtten Travenarmes vor dem Werft-Grundstück auf Staatskosten. Begründet wurde der Antrag mit dem Hinweis, daß auch in Hamburg, Bremen, Kiel und Rostock erhebliche Aufwendungen für die Hebung des Schiffsbauwerkes gemacht würden. — Diese Behauptung ist generaliter gemacht und kann aus diesem Grunde keiner objektiven Prüfung unterzogen werden, aber auch unter der Voraussetzung, daß sie zutreffend ist, muß dem gegenüber betont werden, daß die Handlungsweise der angezogenen Stadt- bzw. Staatsbehörden absolut unmaßgeblich für die Beurtheilung des vorliegenden Falles ist. Voraussetzung ist, daß Behörden — hier also Senat und Bürgerschaft — eine Subvention für den einzelnen Fall nicht gewähren können, sondern daß sie gezwungen sind (wenn sie nach Recht und Billigkeit verfahren und den bösen Sinn der Parteilichkeit meiden wollen). Anträge, die mit dem in Rede stehenden auf derselben Stufe stehen, auch in Zukunft zu befürworten bzw. zu genehmigen. Wohin würde das führen? Geschäfte resp. industrielle Etablissements mit hundert Arbeitern und drüber giebt es in Lübeck eine ganze Anzahl. Eine Stockung, Einschränkung oder gänzliche Stillsetzung dieser Betriebe oder eines derselben würde Arbeiter-Entlassungen zur



Folge haben und eine Reihe Arbeiter-Familien in ein größeres Elend stürzen als das ohnehin ist, in welchem sie sich jetzt bereits befinden. Diese industriellen Etablissements haben demnach durch die Bank Ansruch auf das, was bei Befürwortung des Antrags der Koch'schen Werft für den Senat bestimmend gewesen ist: Anerkennung der Bedeutung der Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß mit Rücksicht auf den bahnbrechenden „Fall Koch'sche Werft“ viele andere Betriebe, so beispielsweise die großen Sägewerke, die Holzgeschäfte, das Tremsler Eisenwerk, die Thiel'sche Industrie, die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft u. a. m. mit ähnlichen und ähnlich begründeten Anträgen kommen werden, und alle müssen wie derjenige der „Koch'schen Werft“ von Senat und Bürgerausschuß befristet werden. Ja, wer im Stande, die Behauptung, logisch zu widerlegen, durch den angezogenen Fall sei einmal präjudiziert und Senat und Bürgerausschuß nun analog diesem, einem etwaigen demnächstigen Gesuch der Firma Sparkuhl u. Ko. auf weitere Ausbaggerung des sogenannten todtten Lavenarmes bis zu ihrer Fabrik moralische Unterstützung verleihen? Ihr industrielles Unternehmen habe durch seine jüngst erhaltene Vergrößerung sich auf dasjenige Maas ausgedehnt, welches entscheidend sei für den Begriff: Bedeutung der Erhaltung der Leistungsfähigkeit. Auch im Uebrigen könne nur auf den bereits befristeten Koch'schen Werft-Antrag Bezug genommen werden, nämlich, daß die Wassertiefe für die Schiffe neuerer Konstruktion meistens nicht genüge, um direkte Abladung der Holz- und anderer Frachten an der Anlegebrücke des Betriebes zu ermöglichen. In eine Frau von Berg schrieb die Königin Luise von Preußen einst: „Nach Eylau hätte er (der König) einen vortheilhaften Frieden machen können, aber da hätte er freiwillig mit dem bösen Prinzip unterhandeln und sich mit ihm verbinden müssen, jetzt — wird sich nicht mit ihm verbinden.“ Derartige Skrupel und Bedenken scheint man hier nicht zu kennen. Doch zurück zur eigentlichen Sache: Man sieht also, daß für Groß-Industrielle Lübeck der beste Ort zur Gründung eines rentablen Unternehmens wird. Banerott oder schlechte Konjunktur sind anscheinend ausgeschlossen. Wo ihnen die Mittel fehlen, oder wo sie aus sonst einem Grunde nicht belieben, den eignen Beutel ziehen zu wollen, da wird der Staat mit öffentlichen Mitteln für sie eintreten; der Koch'sche Werft-Antrag, seine Befürwortung und Befürwortung durch Senat und Bürgerausschuß haben den Präzedenzfall — den Grundsatz, wonach verfahren werden muß, geschaffen. Ob die Fabrikordnung nicht eine zu straffe ist, ob den vielen Geizhähnen, welche da werktätlich von Morgens bis zum Abend hart arbeiten und zuweilen die gefährlichsten Arbeiten verrichten müssen — darnach fragt bei solchen nach unserer unmaßgeblichen unberechtigten Zuwendungen Niemand! Richtiger wäre es freilich gewesen, wenn der Senat den Antrag der Werft zurückgewiesen hätte mit dem Anheimgelassen, sich event. an das Institut der Armenpflege und deren Vorsteher zu wenden. Diese hätten für den Fall, daß die Dividende als nicht ausreichend befunden wäre, ein Almosen gewähren können, natürlich unter Fortfall der durch das Gesetz hierfür vorgesehenen Rechte so namentlich des Reichstagswahlrechts.

**Ueberblick über die ärztlichen Meldungen** betreffend ansteigende Krankheiten im Monat März d. J. Es wurden gemeldet: 31 Diphtherie-, 78 Masern-, 28 Scharlachfälle und ein Wochenbettfieber-Fall. Todlich verliefen eine Diphtherie- und 5 Masern-Erkrankungen.

**Holzimport.** Am 9. April traf der schwedische Schooner „Constance“, Kapitän Löfberg, mit Planken und Brettern von Hintehamn kommend hier ein. Es ist dieses der erste diesjährige Segler mit Holzladung. Verschiedene Holzladungen sind noch von süd-schwedischen Häfen aus in nächster Zeit zu erwarten.

Herr Wilhelm Grimm, Karpfenstraße 15 a, theilt uns mit, daß er mit dem Grimm, welcher Mittwoch Abend auf dem Hofe der Aktienbrauerei Selbstmord begangen hat, nicht identisch ist.

Die Firma Paul Brinn u. Co. bietet zur Zeit für nur einige Tage wieder einmal eine prachtvolle Schaufenster-Decorations. Eine Orientalin in Lebensgröße, auf

einem Divan ruhend, bildet den Hintergrund, während im vorderen Theile des Schaufensters eine Gruppierung von allerhand Spiel- und Galanterie-Waaren das Auge fesseln. Nach näheren Mittheilungen soll der Werth der Puppe 10 000 Mk. (?!?) betragen.

**Getreideausfuhr.** In letzter Zeit ist die Getreideausfuhr nach schwedischen Häfen hin eine ziemlich rege gewesen. Der schwedische Schooner „Margat“, Kapitän Friberg, verließ am 9. d. Mts., Nachmittags unseren Hafen mit einer Ladung von 100 Tons Weizen nach Stockholm. Der schwedische Schooner „Elvira“, Capitain Alfarsson, verholzt zum Schuppen 5 um ja. 130 Tons Weizen nach Kalmar zu laden.

**Wo sind die Eigenthümer?** Bei einem am 8. April hier zugereisten Fremden wurden zwei goldene Savonnette-Herren-Remontoiruhren Nr. 73699 und 168006, eine goldene Ankeruhr Nr. 124190, eine goldene Savonnette-Damen-Remontoiruhr Nr. 122569, zwei goldene Damen-Remontoiruhren Nr. 20507 und 15162 und sieben silberne Remontoiruhren beschlagnahmt. Sämmtliche Uhren sind noch neu und rühren muthmaßlich von einem Diebstahle her.

**Fahrplan Hamburg-Lübeck.** Der vom 1. Mai ab gültige Fahrplan weist folgende bemerkenswerthe Aenderungen auf: Der letzte Zug von Lübeck nach Hamburg, bisher Abends 9,15 Uhr ab Lübeck, fährt 15 Minuten früher, also schon um 9 Uhr. Von Hamburg nach Lübeck ist ein Zug eingelegt, der 3,35 Uhr Hamburg verläßt und 5,04 Uhr in Lübeck ankommt.

**Mitglieder der Ortskrankenkasse!** Der Augenarzt J a y o w, Beckergrube 41, vertritt den Dr. Ahrens während dessen Abwesenheit; Sprechstunde 9—1 Uhr, Sonntags von 9—12 Uhr.

**Einbruch.** Donnerstag Nacht stalteten Langfinger zwei Häusern der Margarethenstraße ihren Besuch ab. In einem Krämerladen, wo sie es offensichtlich auf die Ladentasse abgesehen hatten, wurden sie gestört und mußten mit einigen Flaschen Spirituosen abziehen. — In der Wohnung eines Bäckergehilfen, wo sie gleichfalls ihren Einzug gehalten hatten, verzehrten sie nur die in der Küche vorhandenen diversen Feine.

Die **Hanseatische Dampfschiffahrt-Gesellschaft** hat in der am Mittwoch stattgefundenen ordentlichen General-Versammlung die Dividende für 1895 auf 5 % festgesetzt. Dem Vorstand wurde gleichzeitig Decharge für die Jahresrechnung ertheilt. Herr Paul Cordes, dessen turnusmäßige Zeit abgelaufen war, wurde als Vorstandsmitglied wieder gewählt.

**Besichtigung der Viehquarantänestation.** Mittwoch Abend gegen 7,18 Uhr trafen die Minister und Geheimräthe aus Berlin, der Oberpräsident Steinmann, ferner der mecklenburgische Staatsrath von Arnberg, der Ministerialrath Wühlenschlag und der Veterinärath Peters, die Senatoren Dr. Mitscher und Dr. Klügmann-Lübeck, sowie Bürgermeister Dr. Versmann und Syndikus Koeloffs-Hamburg von Rostock hier ein. Vom Reichsamt des Innern ist bekanntlich die Anregung ausgegangen, die bedeutendsten, seit dem 1. Oktober v. J. bestehenden Secquarantänestationen für ausländisches Vieh einer gemeinschaftlichen Besichtigung zu unterziehen. Es wurden deshalb gestern von den Herren eingehend in Augenschein genommen: die Quarantänestation, das Schlachthaus und die Viehladeplätze. Wie das Amtsblatt erfährt, sprachen sich die Herren über unsere Einrichtungen mit hoher Anerkennung aus. Gestern Abend haben sich die Herren nach Kiel begeben.

**Kiel.** Der deutsche Dampfer „Christine“ war Mittwoch an der Küste der Insel Fehmarn auf dem Puttgardenriff gestrandet. Dem Schleppdampfer „Hollmann“, der zur Hülfsleistung entsandt worden, ist es gelungen, das Schiff abzuschleppen, und hierher zu bugsiern.

— **Flensburg.** Verunglückte Schiffsbesatzung. Vor vierzehn Tagen segelte die dänische Yacht „Dyffens Probe“, Schiffer Matthias Rasmussen, von Ekenfjord an der Flensburger Förde, mit einer Ladung Mauersteine nach Valborg ab. Die Yacht strandete vor wenigen Tagen auf Kornäs und gilt als total verloren. Die aus zwei Mann bestehende Besatzung aus Aarhöjebing ist bei dem Unfall ertrunken.

**Hamburg.** Für den Acht-Uhr-Ladenschluß hat sich am Sonnabend in Hamburg der „deutsch-nationale

Handlungs-Gehilfen-Verband“, eine Korporation anti-semitischer Färbung, erklärt.

**Bremen.** Die Bürgerschaft genehmigte mit großer Majorität die Aufnahme einer 3 pCt. Anleihe im Betrage von 48 Millionen Mk., sowie die Konvertirung der 3 1/2 pCt. Anleihen von 1873 und 1885 per 1. August 1896.

**Neueste Nachrichten.**

**Berlin.** Eine unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Jelle stattgehabte Konferenz beschloß, gegen 50 Städte zu einer gemeinsamen Verhandlung über Viehhof- und Schlachthofangelegenheiten, bei Suchenfrage u. s. w. etwa für die zweite Hälfte des Monats Mai nach Berlin einzuladen.

**Essen.** Das gegen den Generaldirektor Köhler in Bochum eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Meineidsverdachts (herrührend von dem Bochumer Stempelprozeß) ist nach der „Volksztg.“ eingestellt, da nach Vernehmung zahlreicher Zeugen sich Anhaltspunkte für den Verdacht nicht ergeben haben. Die Kosten des Verfahrens sind der Staatskasse zur Last gelegt worden.

**Sosnowitz.** Vierhundert Arbeiter der „Guta Bantowa“ streiken. Russisches Militär hält die Ordnung aufrecht.

**Wien.** Die Wahl des Bürgermeisters ist auf den 18. d. M. anberaumt.

**Stockholm.** Nachdem der Kommissionsantrag, den Zeitpunkt des Inkrafttretens der am 21. März im Reichstage angenommenen Erhöhung des Zolles auf Schweinefleisch durch eine gemeinschaftliche Abstimmung festzusetzen, von der zweiten Kammer heute verworfen ist, tritt der erhöhte Zoll vom 1. Januar 1897 ab in Kraft.

**Amsterdam.** Eine Depesche des „Handelsblad“ aus Batavia meldet: Die holländischen Truppen, welche die Posten Biloel und Lamboengit besetzt hielten, sind befreit worden. Ein Hauptmann und neun Soldaten wurden getödtet, ein Lieutenant und 28 Soldaten verwundet. General Vetter stürzte vom Pferde und erlitt eine Quetschung, hat aber den Oberbefehl beibehalten.

Durch Vermittelung des Maklers Herrn Johs. Fischhorn wurde das Grundstück Blicherstraße 25 von Herrn J. H. Venschau an Herrn A. U. W. B. Faasch verkauft.

**Quittung.**

Für den Preßfonds gingen ein:	
Ueberblick der Garderobe auf dem Osterfest des	
soz.-dem. Vereins	Mk. 8,80
Vom Arbeiter-Turnverein	10,—
	Summa Mk. 18,80
Mit den in Nr. 82 quittirten	684,57
	Insgesammt Mk. 703,37
Für die freikundigen Textilarbeiter in Kottbus:	
Vom Arbeiter-Turnverein	Mk. 20,—
Gesammelt von Freunden und Freundinnen einer	
Fabrik	5,50
	Summa Mk. 25,50
Mit den in Nr. 82 quittirten	28,—
	Insgesammt Mk. 53,50
Friedr. Meyer & Co.	

**Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.**

Angekommen:	
Donnerstag, den 9. April.	
8,50 B. D. Stralsund, Meyer, von Wismar in 4 Std.	
11,10 B. D. Lübeck, Paulsson, von Karlskamm in 15 Std.	
12,45 N. Konstanze, Vöberg, von Klinteholm in 6 Tg.	
7,52 N. D. Fehmarn, Schacht, von Neustadt in 1 Std.	
Freitag, den 10. April.	
4,35 B. D. Lübeck, Hultman, von Kopenhagen in 12 Std.	
Abgegangen:	
Donnerstag, den 9. April.	
9,15 B. D. Adler, Fischer, nach Wismar.	
11,15 B. Eben Esar, Rasmussen, nach Fehmarn.	
12,30 N. D. Falke, Ehler, nach Fehmarn.	
1,30 N. D. Linnea, Nyberg, nach Gungö.	
7,15 B. Margot, Friberg, nach Stockholm.	
7,— N. D. Galmstad, Lundin, nach Kopenhagen.	
Freitag, den 10. April.	
7,40 B. D. Thor, Madsen, nach Rostock.	
9,40 B. Abt, Karlsson, nach Mariehamn.	
Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. S: 6,36 m	
W.S.W., Schwach.	

zur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

**Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.**

Gesucht wird ein Knabe, der die Schule verlassen hat, als Hülfse beim Milchwagen. Ernststraße 1, Lübeck.

Gesucht ein jugendlicher Arbeiter. Hansstraße 57.

Eine Schneiderin wünscht Beschäftigung in und außer dem Hause. Für gute Arbeit wird garantiert. Frieda Hüsmert, Effengrube 12.

Sofort ein Logis für einen jungen Mann. Regidienstr. 82

Gesucht zu sogleich ein ordentliches Kinder mädchen welches zu Hause schlafen kann. J. Blohm, Hundestraße 41.

Ein freundl. möbl. Zimmer nach vorne zu vermieten. Friedenstraße 41, 1. Etg. Gesucht zum 1. Mai ein Mädchen für häusliche Arbeiten. Rest. z. Zauberslöte, Schlüsselbuden 4.

**Prima fettes jg. Fleisch** empfiehlt H. Rieck, Hühnstraße 42.

**Billigste Anfertigung künstlicher Zähne und Gebisse.** Plombiren, Zahnziehen etc. Frau Elise Düffer, Hühnstrasse 88, 1. Etg.

**Ausverkauf!** Schulartikel wie Federkasten, Ränzeln, Tornister u. s. w. kauft man am billigsten im Ausverkauf bei **Chr. Pape,** Balauerfohr 26.

**Billigsten Sohlen-Ausschnitt** und Schuhmacher-Artikel aller Art empfiehlt **Friedr. Dührkop,** Fischstraße 18.

**Uhren reinigen . 1,50, Federn einsetzen . 1,50, Uhrgläser 1. Qual. 0,30.** **Aug. Büttner,** Uhrmacher, Hühnstraße 32.

Frische Land-Eier, 6 Stück 30 Pf. Frische Meiereibutter, Pfd. 1,00 Mk. ff. Margarine, Pfd. 60, 65 u. 70 Pf. Ger. Landmettwurst, Pfd. 1 u. 1,20 Mk. Fett. u. durchw. Speck, Pfd. 60 u. 70 Pf. ff. Tilsiter Käse, Pfd. 45, 60, 80 Pf. ff. Schmalz, Pfd. 45 und 55 Pf. ff. Grieben schmalz, Pfd. 60 Pf., empfiehlt ff. eingemachte Kronsbeeren, Pfd. 30 Pf. J. C. W. Blöss, J. F. D. Götke Nachf., Kupferschmiedestraße 7.

**Schulrängel- u. Taschen** empfiehlt in großer Auswahl **J. Löffler, Lederwaarenfabrik** Schmiedestraße 19.

ff. Gekochte Mettwurst, Leberwurst, Preßwurst u. s. w. Pfund 60 Pf. Geräucherter Mettwurst Pfund 90 Pf. Salz, frisch und ausgelassen, Pfd. 40 Pf. Schweinefleisch Pfund 50 Pf. **Johs. Burmester, Schlüsselbuden 13.**

**Billig!** feinste weiße Ringäpfel Pfd. 40 Pf. Backäpfel Pfd. 35 Pf. schöne Pflaumen Pfd. 20-30 Pf. bei C. Manzel.

Segliche **Ess- u. Pflanzkartoffeln** empfiehlt billig **Burree zu kaufen gesucht.** L. Jacobsen, Meierstraße 26a.

**Gesucht** eine junge, rüstige Frau zur Bedienung in dem von Herrn Dr. med. Kaninski in der Zeit vom 16. d. M. ab auf 4 Wochen an 2 Abenden in der Woche abzuhaltenen Schulfursus für Damen über Anwendungformen der Naturheilmethoden. Zeitdauer von 5 1/2—7 u. 8—9 1/2 Uhr Abends. Persönliche Meldungen nach 8 Uhr Abds. bei Klein, Dorotheenstraße 20 I.



**Die Schweineschlachtereien**  
 von  
**W. Strohhfeldt**  
 73 Glockengießerstraße 73  
 empfiehlt:  
 Schweinefleisch, Pfd. 50 Pf.  
 Karbonade, Pfd. 60 Pf.  
 Gef. Schweinefleisch, Pfd. 50 Pf.  
 Fetten u. mag. Speck, Pfd. 60 Pf.  
 Leber, Braunschweiger, gekochte, geräuch.  
 Preßwurst, Pfd. 60 Pf.  
 Dicke Rippen, Pfd. 55 Pf.  
 Pa. Flohenschmalz, Pfd. 60 Pf.  
 Ochsenfleisch, Pfd. 50 Pf.  
 Kalbfleisch, Pfd. 30 Pf.  
**Nur hiesige Waare.**

**Lübecker**  
**50 Pfg.-Bazar**  
 Das größte Lager in  
 Schultornister, Schultaschen, Broddosen  
 Bücherträger und Federkästen  
 zu sabelhaft billigen Preisen.  
 Kupferstr. 11. Mengstr. 18.

**Scheeren**  
 für Schule, Haus  
 und Schneider-Werkstätten  
 kauft man  
 am besten und billigsten  
 im Spezial-Stahlwaaren-Geschäft  
**Johs. Vittur, Lübeck, Holstenstr. 13.**  
 Schärfen und sonstige Repara-  
 turen schnell (in einem Tage) und  
 billig.

Schönes frisches  
**Bratenschmalz**  
 Pfd. 40 Pfg.  
 empfiehlt  
**Aug. Scheere**  
 Holstenstraße 27.

**Kaufen Sie nicht**  
 und  
**achten Sie nicht auf**  
 Marktschreierei, bevor Sie sich nicht über-  
 zeugt haben, was ich Ihnen jetzt biete.  
 Infolge eigener en gros-Anfertigung,  
 sowie Stoff-Einkäufe aus aller-  
 erster Hand, bin ich in der Lage, Ihnen  
 vorzüglich gearbeitete

**Herren- und**  
**Knaben-Garderoben**  
 zu wirklichen en gros-Preisen zu  
 liefern.  
 Selbstangefertigte Cheviot-Anzüge  
 von 11,50 Mk. an.  
 Selbstangefertigte Schrock-Anzüge  
 von 17 Mk. an.  
 Selbstangefertigte Fadett-Anzüge  
 von 9 Mk. an.  
 Selbstangefertigte Burschen-Anzüge  
 von 8 Mk. an.  
 Selbstangefertigte Knaben-Anzüge  
 von 2,50 Mk. an.

Keine zusammengeflagene Fabrikarbeit,  
 obige Offerte bezieht sich auf nur eigene  
 Anfertigung.  
**Nachgebliebene Buchstin-Beste**  
 50 Pf. per Rest.  
**Tuch-en gros-Lager und Con-**  
**fections-en gros-Lager**  
 im dritten Stockwerk.  
**Detailverkauf zu wirkl. en gros-**  
**Preisen im Laden.**  
**D. Wallach**  
 Sandstraße 4.

**Maifeier 1896.**

**Freitag den 1. Mai:**  
 Vormittags 9 1/2 Uhr: Versammlung in Stehr's Etablissement. Referent: Genosse Th. Schwartz.  
 Nachmittags: Ausflug nach Israelsdorf mit Musik.  
 Von 2 Uhr an: Aufstellung der Vereine und Gewerkschaften auf dem Burgfelde mit Fahnen und Emblemen.  
 2 1/2 Uhr: Abmarsch. Nach Ankunft dafelbst: Ansprache und Concert.  
 Mit Eintritt der Dunkelheit: Rückmarsch und Auflösung auf dem Burgfelde.  
 Vereine und Gewerkschaften, die sich mit Fahnen u. s. w. an dem Ausfluge betheiligen wollen, werden  
 gebeten, dieses spätestens bis Sonntag den 26. April an den Genossen **P. Pape**, Emilienstraße 8, gelangen  
 zu lassen.  
 Gewerkschaften, die noch keine Maifestkarten zum Vertrieb entnommen haben, und solche wünschen, werden  
 ersucht, diese baldigst von obenstehender Adresse abzuholen. Außerdem sind Maifestkarten à 20 Pfennig an folgenden  
 Stellen zu haben: In der Expedition des Lübecker Volksboten, Gr. Altesfähre 35/37, **C. Wittfoot**,  
 Hülsstraße 18 und **F. Leeke**, Lederstraße 3.  
 Um rege Betheiligung ersucht  
**Das Comité.**  
 NB. Die Karten sind beim Ausflug sichtbar zu tragen.

**Für wenig Geld**  
 erhält man die schönsten  
**Damen- und Kinder-Hüte**  
 bei  
**Hermann Wolfsfeld**  
 12 Holstenstraße 12.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz ge-  
 brauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener  
 (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die  
**Adler-Brauerei.**  
 Inh.: **G. Teichgräber.**

**Hochfeine 5 und 6 Pfennig-Cigarren.**  
 Cigarrenspitzen, Schagpfeifen, Spazierstöcke in großer Auswahl.  
**C. Wittfoot, Hülsstraße 18.**



Wir empfehlen unsere nur aus Hopfen, Malz, Hefe  
 und Tiefbrunnen-Wasser hergestellten  
**Biere in Flaschen**  
 mit Patent- oder Siegel-Verschluss.  
 Die Vortheile des Siegel-Verschlusses sind:  
 Größte Reinlichkeit. Absolute Dichtigkeit.  
 Bierverfälschung unmöglich. Leichtes gefahrloses Öffnen.  
 Hochachtungsvoll  
**Lübeck 1896. Hansa-Brauerei.**

**Schuhwaaren-Fabrik**  
 Mühlenstraße 32. **F. Baurenfeind** Ecke Kapitelstraße.  
 Großes Lager in  
**Damen-, Herren- und Kinderstiefeln.**  
 Nur solide Waare zu den billigsten Preisen.  
 Reparaturen prompt und billig.  
**Confirmanden-Schuhe und Stiefel**  
 in grosser Auswahl vorräthig.

Logis für junge Leute u. Geschirr  
 für fremde Zimmerleute.  
 Fischergasse 88, 1. Stg.  
 Genossen, welche geneigt sind, einem  
 schon bestehenden und in Gefahr schwebenden  
**Gesangszirkel** beizutreten, werden er-  
 sucht, sich zu einer Besprechung am Sonn-  
 abend dieser Woche, Abends 9 Uhr, bei  
**Stoffers, Depenan 29**, einzufinden.

**Achtung! Müller!**  
 Außerordentliche  
**Mitglieder-Versammlung**  
 am Sonnabend den 11. April,  
 Abends 8 1/2 Uhr,  
 bei **F. Leeke**, Lederstraße 3.  
 Um zahlreiches Erscheinen bittet  
 Die Lokalverwaltung.

**Alte und neue Betten**  
 34 Marlesgrube 34.  
**Stehr's Etablissement**  
 Sonntag, den 12. April 1896  
**Concert u. Ba**  
 wozu sämtliche Genossen und Wö-  
 eingeladen sind.  
 Anfang 4 Uhr. Entree 50  
 Um gütigen Zuspruch bitten  
**H. Stehr.**  
**Der Musiker-Fachverein.**

**Lübecker**  
**Genossenschaftsbäder**  
 c. G. m. u. S.  
**Ordentliche**  
**General-Versammlung**  
 am Donnerstag den 16. April  
 Abends 8 1/2 Uhr  
 in den Central-Hallen, Dankwartsgru-  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. April  
 1896.  
 2. Berichterstattung des Vorstandes und des  
 Aufsichtsrathes über Errihtung einer Filial-  
 der Stadt, event. Ankauf eines Grundst-  
 hierzu  
 3. Berathung und Beschlussfassung über das  
 ausgearbeitete Statut.  
**Antheilscheine legitimiren.**  
 NB. Da laut Statut bei einer Stat-  
 änderung ein Drittel der Mitglieder anwe-  
 sein muß, so werden die Mitglieder drin-  
 ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.  
**Der Vorstand**

**Verein für Gesundheitspflege**  
 und Naturheilkunde  
 (arzneilose Heilweise.)  
**Vortrag**  
 des Herrn Dr. med. **Kaninski**  
 aus Lübeck  
 am Dienstag, d. 14. April 1896,  
 Abends 8 1/2 Uhr  
 im grossen Casinosaale  
 Beckergasse 12.  
 Thema: Heilkräfte, Heilkräfte und  
 die verschiedenen Heilverfahren.  
 Eintrittskarten sind im Vorverkauf  
 zu 50 Pf. in der Buchhandlung des  
 Herrn **G. Weiland**, Königl. 72,  
 an der Abendkasse zu 75 Pf. zu haben.  
 Vereinsmitglieder und deren Angehörige  
 — § 3a der Satzungen — haben freien  
 Eintritt.

**Gasthaus**  
**Zum goldenen Stern**  
 Heute, Sonnabend:  
**Große**  
**Unterhaltungs-Musik**  
 Ergebenst **H. Nüss** Ww



## Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens in Dresden.

Dienstag Vormittag um 11 Uhr eröffnete Kaufmann die Verhandlungen, auf die Bedeutung des Parteitages hinweisend. Die gesammte Gegnerschaft schaute erwartungsvoll auf die Sozialdemokratie Sachsens, die sich stärker denn je fühle, wenn man auch die sozialdemokratische Partei durch die Abänderung des Wahlrechts aus dem Landtage verdrängt habe. Die Gegner aber würden sich wieder einmal irren, wenn sie etwa Zwickach oder gar eine Spaltung auf dem Parteitage erwarteten. Zum 1. Vorsitzenden wird sodann der Landtagsabgeordnete Raden-Dresden, zum 2. Vorsitzenden Grenz-Weipzig gewählt. Zu dem Hauptgegenstand der Tagesordnung: „Wahlrechtsordnung und Stellung der Partei zu derselben“ wird auf Antrag als Korreferent Dr. Bruno Schönant-Weipzig ernannt, Bericht erstatter ist Fr. Geyer-Weipzig. Von den eingegangenen Anträgen ist hervorzuheben derjenige von den Parteigenossen des 12. und 13. Reichstagswahlkreises: Die Landesversammlung wolle beschließen, mit dem Inkrafttreten der Wahlgesetzworlage hat die Fraktion sofort die Mandate niederzulegen. In der Geschäftsordnungs-Debatte erklärte Landtagsabgeordneter Fräsdorf-Dresden, daß die Landtagsfraktion sich der Abstimmung in allen sie berührenden parlamentarischen Fragen enthalten würde. Die von Chemnitz beantragten u. a.: „In Erwägung, daß die Arbeiter aller Kulturstaaten nach Erringung des allgemeinen und direkten Wahlrechts streben, wolle die Landeskonferenz beschließen, auch unter dem verschlechterten Wahlsystem mit erneuerter Energie in die kommende Wahlbewegung einzutreten, um das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zu erringen.“

Fischer-Dresden erstattete (als ersten Gegenstand der Tagesordnung) den Bericht des Zentralkomitees. Das vergangene Jahr — so berichtet er — sei ganz außerordentlich günstig für die Bewegung gewesen. Gegen die Veränderung des sächsischen Landtagswahlrechts haben nicht weniger als 160 sozialdemokratische Versammlungen protestiert. 1400000 Flugblätter seien in der Wahlrechtsbewegung verbreitet worden. Die Ausgaben des Zentralkomitees seien in diesem Jahre besonders hoch (2595 Mk.), die Einnahme betrug 2852 Mk., indes sind noch größere Außenstände zu decken. — In der Besprechung bemängelte Menge-Weipzig, daß das Zentralkomitee sich nicht für zuständig erklärt habe, die diesjährige Partei-Konferenz sofort, noch in der Wahlrechts-Bewegung, einzuberufen. Menge sprach die Befürchtung aus, daß die Niederlegung der Mandate nicht mehr so wirkungsvoll sein werde. Im Namen der Leipziger Parteigenossen müsse er erklären, daß das Zentralkomitee in diesem Punkte seine Schuldigkeit nicht gethan habe. Walffisch-Dresden nahm das Zentralkomitee gegen diesen Vorwurf in Schutz, obwohl er für Mandatsniederlegung sei. — Geyer-Weipzig erklärte Namens der Landtagsfraktion, daß diese einer schleunigen Einberufung des sächsischen Parteitages durch das Zentralkomitee nichts in den Weg

gelegt hätte. Schließlich erklärte der Parteitag sich mit diesem Bericht einverstanden.

Alsdann berichtete Landtagsabgeordneter H. Goldstein-Zwickau über die Thätigkeit der Landtagsfraktion. Nach allgemeinen Betrachtungen über den sächsischen Landtag gab er einen Ueberblick über die hauptsächlichsten derjenigen Gegenstände, bei deren Berathung sich die Fraktion betheiligt habe. Am wichtigsten war die Frage der Aenderung des Wahlrechts. Die Thätigkeit der Fraktion sei eine positive, eine abwehrende und eine kritisierende gewesen. Nie habe sie die Objektivität verloren, wie die Gegner, wie Konservative und Nationalliberale insbesondere. Stets sei sie für die Armen eingetreten. Viel Anregung habe die Fraktion gegeben. Wenn eine schöne konservative Seele, der Dr. Mehnert, gestanden habe, man könne schon gar keine volksfreundlichen Anträge mehr einbringen, weil diese Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie seien — so gehe daraus hervor, daß diese Herren volksfeindlich seien und insofern sei dies Geständniß äußerst werthvoll. Die Stellung der Fraktion im Landtag sei immer isolierter geworden, die Klaffengegensätze seien auch dort immer schärfer zur Geltung gekommen. Zum Schluß bezeichnete er als vornehmste Aufgabe der Partei Sachsens: die Erreichung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und proklamirte ununterbrochenen Kampf gegen das herrschende politische System und gegen das alte Wahlrecht. Hoch das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht!

Es tritt eine Pause ein, nach welcher beschlossen wurde, an den Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Prag ein Begrüßungstelegramm zu senden. Weiter wurde mitgetheilt, daß sämtliche sächsische Reichstagswahlkreise vertreten seien und zwar durch 82 Delegierte. Der Parteivorstand ist durch Genossen Albin Gerisch-Berlin vertreten. Von der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtages sind 12 Mitglieder anwesend.

Landtagsabgeordneter Geyer-Weipzig begann darauf sein Referat über die Stellung der sächsischen Sozialdemokratie zur Veränderung des Wahlrechts: Die Gegner haben zu dem so einfachen Mittel der Wahlrechtsänderung gegriffen. Die ganze Schwäche der Gegner wird durch dieses Vorgehen offenbar. Es bedeutet nichts anderes als die Beseitigung der Volksvertretung. Aber die bürgerlichen Parteien sollten doch bedenken, daß die sozialdemokratische Opposition von großem Nutzen ist. Denn die Opposition der Konservativen oder Nationalliberalen ist nur Schein und soll nur dazu dienen, ihre Partei zu festigen. Glaube man vielleicht, das Volk wäre zufriedener, wenn Mißstände nicht mehr im Landtage gerügt werden? Oder sei man der Ansicht, daß die Sozialdemokratie sich nun nicht mehr an der Agitation betheiligen werde, vielleicht aus Furcht vor den doch sicher zu erwartenden verschärften Polizeimaßregeln? Das wäre der größte Irrthum, die größte Thorheit. Daß die Agitation getrieben werden müsse — darin sei man einig, nur nicht über das Wie. Er, Redner, schlage vor, von Fall zu Fall über den Kampf gegen das schlechte Wahlrecht zu entscheiden. Eine besondere Organisation zu schaffen sei nicht rathsam. Auf jeden Fall solle man sich aber in der Agitation vor Ueberstürzung hüten.

Ebenso soll sich aber die Partei vor jedem Kompromiß mit gegnerischen Parteien hüten, die für das allgemeine Wahlrecht einzutreten vorgeben, denn die Gegner hätten ihre Grundsätze immer verrathen, wenn es um ihre Interessen geht.

Bei der Stellung der Sozialdemokratie zu der Aenderung des Wahlrechts handle es sich um zwei Fragen: 1) soll sich die Partei an der Agitation betheiligen? und 2) sollen die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Mandate niederlegen?

Wird erstere Frage bejaht, so müsse die andere ganz notwendigerweise verneint werden. Von einer Mandatsniederlegung könne dann nicht mehr die Rede sein. Die sozialdemokratische Fraktion habe mit vierzehn von fünfzehn Stimmen eine Resolution angenommen zu Gunsten der Betheiligung an den nächsten Landtagswahlen. Daß sich dadurch Mandate erringen ließen, sei freilich völlig ausgeschlossen. Aber die Sozialdemokratie müsse zeigen, wie das Gesetz wirkt, indem sie sich an den Wahlen betheilige und darauf hinwirke, daß die 150000 Wähler, die jetzt die dritte Klasse mehr zählt, sozialdemokratisch wählen.

Wollte man die Betheiligung aufgeben, so würde das Interesse für die Bewegung für das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht einschlafen. Auch könnte sonst die Partei Erfahrungen machen, welche es sie bereuen lassen, sich nicht an der Wahl betheiligt zu haben und sie zu dem Entschlusse führen können, dies dann bei der nächsten Wahl zu thun, das aber wäre doch tief bedauerlich. Außerdem könnte doch die Agitation, auch wenn sie in Zukunft unter noch schwierigeren Verhältnissen geschehen müßte, für die Sozialdemokratie gute Früchte bringen. Nach alledem würde die nächste Wahl nur eine Protestwahl werden. Für die Niederlegung der Mandate könnte man schon aus dem Grunde nicht stimmen, weil die Parlamentstribüne doch ein ausgezeichnetes Mittel zur Agitation sei. Wenn auch nach Ablauf von fünf sozialdemokratischen Mandaten keine Anträge mehr eingebracht werden können, weil dann die erforderliche Stimmenzahl fehlt, so können doch frühere sozialdemokratische Anträge sehr wirkungsvoll besprochen werden.

Der Einwand, daß nach der Wahlrechtsänderung die Sozialdemokraten nur durch die Gnade der Gegner im Landtag sitzen, sei hinfällig. Wenn man hätte wollen, wäre es schon möglich gewesen, die Sozialdemokraten sofort zu entfernen, etwa durch Verfassungsänderung oder durch Auflösung des Landtages; allein man habe eine Agitation gefürchtet, wie sie Sachsen noch nie gesehen hat! (Sehr richtig!) Die Wahlrechtsbewegung könne doch im Parlament vielleicht noch besser gefördert werden, als außerhalb desselben. Die Partei solle eben auf jede Weise die Situation ausnützen. Der Kumpf der Partei im Landtag, d. h. die zurückbleibenden Abgeordneten, werde jederzeit seine Schuldigkeit thun und nie mit den Gegnern liebäugeln, um einmal einen Antrag durchzubringen. Jedes Recht, also auch die Mandate, sollen zum schärfsten Kampfe wider die gegnerischen Parteien benützt werden! Namens der sozialdemokratischen Landtagsfraktion beantrage er folgende Erklärung: „In Erwägung, daß es die Aufgabe der sächsischen Sozialdemokratie ist, den Kampf gegen das Dreiklassenwahlsystem

## Im Berghause.

Novelle von Bertha v. Suttner.

(15. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Bolton reichte Frau Leonore die Hand. Sie legte die ihre hinein und erwiderte den kräftigen Druck mit einem kurzen, herzhaften Schütteln.

„Um auf Ihren Gesang zurückzukommen, Frau Leonore: Ihre Stimme klingt so jugendfrisch.“

„Mein Gott, die Albani ist nahe an die Siebzig, und sie singt ihren Gästen noch immer zu Danke vor. Uebrigens habe ich gestern nur gesummt . . . nicht gesungen.“

„Gleichviel, es war wunderschön. Die Musik ist eine Sprache, die Sie verstehen, und in der Sie sich ausdrücken verstehen. Nicht wahr, in dieser Sprache kann man tausend Dinge hören und sagen, für welche es in einer andern keine Worte giebt?“

„Ja — und die uns tiefer bewegen als alles, was sich durch Worte übersehen läßt.“

„Wie Sie doch in den meisten Dingen übereinstimmend mit mir denken! So werde ich Ihnen auf meinem Harmonium so manches erzählen können und mir durch Ihren schönen Gesang so manches erzählen lassen.“

„Herr von Bolton, ich werde mir nicht mehr erlauben, zu singen. Es eignet sich nicht für mein Alter — nicht für meine Stellung. Man würde mich und Sie in der Gegend anlachen, wenn es hieße, daß Ihre dicke Haushälterin sich auf die Nachtigall und Diva spielt. Ich habe mich gestern nur hinreißeln lassen . . . es wird nicht wieder geschehen.“

„Wie Sie wollen, verehrte Frau — ich werde sicher keinen Zwang auf Sie ausüben. Aber dem Zwang sollten Sie sich doch auch nicht fügen: ich meine die

Rücksichtnahme auf das, was die Leute zu sagen oder zu lachen finden könnten. Das ist die allerundankbarste Sklaverei.“

„Nicht aller Leute Urtheil ist einem gleichgiltig. So in meinem Falle, denke ich, daß Sie selber es mir übel vermerken dürften, wenn ich mir Dinge anmaßte, die mir nicht zukommen, die sich mit der Würde meines Standes nicht vertragen. Auch der bescheidenste Stand hat seine Würde — und die besteht eben in der Wahrung der Bescheidenheit.“

„Ich aber sage Ihnen, daß Sie für die Stellung nicht passen, die Sie bekleiden.“

„Bekleide ich sie mangelhaft? Erfülle ich meine Pflichten nicht?“

„Sie wissen ganz gut, daß ich das anders meine, Sie sind . . .“

„Bitte, Herr von Bolton, sprechen wir nicht von mir. Das ist das letzte Thema, welches . . .“

„Und mir ist es das interessanteste und spannendste, denn Sie sind mir ein Räthsel, ein Problem — und so lange man die Lösung eines solchen nicht hat, läßt es einen nicht zur Ruhe kommen. Neugierig sein ist beinahe so schlimm — wie verliebt . . .“

Frau Leonore lachte auf.

„Es fehlte noch, daß Sie sich in die alte Müller verliebten!“

„Viel fehlte nicht daran . . .“ murmelte Bolton, und laut, nach einer kurzen Pause: „Wohlan, reden wir von ganz aufsehtlegenden Dingen, politisiren wir sogar, wenn's beliebt. Zu diesem Zwecke wollen wir sofort die Zeitungen durchsehen . . .“

Frau Müller stand auf.

„Ich muß um Entschuldigung bitten, Herr von Bolton, ich habe jetzt keine Zeit . . . Sie müssen schon, wie gewöhnlich, die Blätter allein lesen, mich ruft meine Pflicht ab.“

„Sie sind gar zu gewissenhaft.“

„Auch das gehört zur Würde eines Standes, daß man gewissenhaft dessen Obliegenheiten erfüllt. Wann bekämen Sie ein Gabelstübchen, wenn ich jetzt nicht mit der Köchin konferirte? Sie verzeihen also . . .“ und mit einer leichten Verneigung wandte sie sich zum Gehen.

Bolton aber rief sie zurück.

„Noch auf ein Wort! Gut, daß Sie mich an das Frühstück erinnern: ich hatte vergessen, Ihnen zu sagen daß ich heute nichts anderes zu mir nehmen will als eine Brüh. Ich fühle mich nicht ganz wohl.“

„O? — In der That, Sie sehen etwas bleich aus. Was ist Ihnen?“

„Ich weiß es nicht . . . ein klein wenig Fieber vielleicht . . .“

„Soll man nicht Doktor Brentl . . .?“

„O nein, nein, durchaus nicht.“

„Also einen Arzt aus Wien?“

„Schon gar nicht. Es wird ja nichts sein. Doch jetzt haben sich die Pflichten Ihres Standes verändert, Frau Leonore. Jetzt gilt es nicht mehr, für die Praxerei des Gebieters Sorge zu tragen, sondern diesem Gesträngen eine Art Krankenpflege zu leisten . . . ihn zu zerstreuen . . . ihm vorzulesen . . .“

„Das ist etwas anderes“, sagte Frau Müller, und sie setzte sich wieder nieder, „mit welchem Blatt soll ich beginnen?“

\* \* \*

Im Berghause, 2. Juli 1889.

„Mein letztes Schreiben ist noch unbeantwortet, und schon wieder wähle ich Sie zur Zielscheibe meiner — zwar nicht vergifteten, aber immerhin lästigen Briefe. Daß Sie mir nicht geantwortet haben, finde ich ganz natürlich. Einmal werden Sie in dem Pariser Ausstellungstrübel keine Zeit und Muße gefunden haben



andauernd fortzuführen und mit allen Mitteln das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zu erkämpfen — in fernerer Erwägung, daß die Einführung des Dreiklassenwahlrechts ohne Befragung und Zustimmung der Wähler geschehen ist und es deshalb nötig erscheint, ziffermäßig festzustellen, daß das sächsische Volk in seiner großen Mehrheit dem Dreiklassenwahlrecht feindlich gegenübersteht — ferner, daß die Sozialdemokratie zur Verfestigung ihrer Grundsätze die Parliamentskritik als geeignetes Kampfmittel, auch unter den besonderen Verhältnissen, wie sie durch die Einführung des Dreiklassenwahlrechts geschaffen worden sind, nicht aufgeben darf, beschließt die Landesversammlung: 1) Die sozialdemokratische Partei hat ununterbrochen und unter Ausnutzung aller Kräfte für die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Landtagswahlen zu wirken, 2) die sozialdemokratische Partei betheiltigt sich an den nächsten Landtagswahlen, 3) die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten haben ihre Mandate zurückzubehalten.

Der Parteitag stimmte diesen Ausführungen mit großem Beifall zu.

Der Korreferent Genosse Dr. Bruno Schönlank aus Leipzig bezeichnete die Wahlrechtänderung als eine Etappe auf dem Wege zur Abschaffung des allgemeinen gleichen direkten Reichstagswahlrechts. Sachsen sei nur das Probierland. Das ganze Experiment sei insofern sehr geschickt, als erst 1901 das letzte Drittel Sozialdemokraten ausscheiden müßte, wenn kein Sozialdemokrat mehr gewählt werde. Das sei eine Einschläferungspolitik. Man wollte das Volk nicht durch einen plötzlichen Schlag aufregen. Das wäre aber möglich, wenn die Sozialdemokraten sofort ihre Mandate niederlegen. Wenn die Erfolglosigkeit von vornherein feststehe, wie der Referent zugegeben habe, werde sich das Volk nicht an den Wahlen betheiligen. Die Gegner werden sich nicht durch die Probe- und Protestwahl belehren lassen. Das Dreiklassenwahlrecht sei der beste Agitator, der größte Aufwiegler, dem nie das Wort entzogen, der nie eingesperrt werden kann. Bei vielen Gelegenheiten wird er seine glänzende Wirkung üben, bei Reichs- und Stadtverordnetenwahlen u. s. w.

Aber für unfruchtbare Arbeit werde sich die Wählerschaft nicht gewinnen lassen. Das preussische Landtagswahlrecht habe der Sozialdemokratie ja auch nicht geschadet. Nur 9 Prozent der dritten Wählerklasse seien zur Urne gegangen und der Landtag sei in der Bedeutung immer mehr zurückgegangen. Man könne ein solches Wahlrecht nicht zugleich verdammen und benutzen. Solange noch kein neues Sozialistengesetz eingeführt werde, sei die Parteipresse die Instanz zur Vertheidigung der Volksinteressen. Die Arbeiter sollten es unter ihrer Würde halten, ihre Vertreter unter den Wahlrechtskandidaten sitzen zu lassen. Der Redner erhielt zum Schluß ebenfalls stürmischen Beifall.

Ein inzwischen eingegangener Antrag will die ganze Frage bis zum Ablauf der gegenwärtigen Landtagsession vertagen und sie dann einem außerordentlichen Parteitag vorlegen. Schluß der Sitzung 6 Uhr Abends.

## Soziales und Partei-Leben.

Maier! Kollegen! Berufsgenossen! Vereins in der 5. Woche befinden wir uns im Kampf, im partiellen

um entfernten Freunden den Kopf zurechtzufügen, und zweitens war dieses Freundes vorige Kundgebung so arg närrisch, daß Sie wohl an der Möglichkeit zweifeln, ihm brieflich Verwundt beizubringen. Sie heben sich diese Aufgabe vielleicht auf Ihr persönliches Erscheinen im Bergbaue auf, oder Sie hoffen, daß ich indessen von selber auf normale Pfade zurückgekehrt sein werde, daß meine dreifache Verliebtheit sich bis dahin verflüchtigt haben muß.

„Diese Hoffnung zerflöbe ich lieber gleich, mein bester Trahnen. Mir wäre es angenehmer, falls Sie sich mit der Absicht tragen, mich als vernünftigen Menschen oder als solchen, der es werden soll, zu behandeln — mir wäre es dann bei Gott angenehmer, Sie führen an meiner Einsiedelei vorbei; denn angepredigt und ausgelacht zu werden, sind zwei Dinge, die ich nicht recht vertragen kann, die ich aber gegenwärtig so vollauf verdiene, daß Sie nicht anders könnten, als mich damit heimzusuchen. . . . Vielleicht wären Sie noch energischer — begnügten sich gar nicht mit Zureden, Einreden und Abreden, sondern ließen mich einfach von zwei handfesten Männern packen und in ein Irrenhaus (ein Aufenthalt, dessen Opportunität für meinen Fall gar nicht zu leugnen ist) gewaltsam abführen.“

„Da ich, wie Sie sehen, so klar den eigenen Wahnsinn erkenne, so bin ich ihm noch nicht unrettbar verfallen; da ich mich selber verhöhne, bin ich noch nicht ganz lächerlich, und ich rechne darauf, daß ich — auch ohne Freundeshilfe — mich noch rechtzeitig beim Schopfe packen und aus dem gefährlichen Morast herausheben werde, in den ich zu versinken drohe. — Nein, ich werde ihr nicht meine Hand antragen. Ich werde nicht an den Hochzeitaltar treten, mit einer Braut am Arme, die — nach eigener Aussage — über fünfzig Jahre alt und über hundert Kilo schwer ist.“

„Und dennoch . . . wie glücklich könnte ich mich schätzen, eine Gefährtin an der Seite zu haben, die mit so hohen Eigenschaften des Geistes und des Herzens geschnitten ist, wie — Sie wissen ja, wen ich meine — wie Leonore Müller . . . die mir Freundin, Pflegerin,

Streit, und das Ende ist noch nicht abzusehen. Bis dato haben circa 250 Prinzipale mit circa 1800 Kollegen die Forderungen bewilligt, aber immer noch nehmen die Kollegen der großen Werkstellen eine so traurige Stellung ein, daß man glauben könnte, anstatt mit Männern, mit klassenbewußten Arbeitern, nur mit Schlafmützen zu thun zu haben!

Wahrlich, unser Kampf wäre bereits entschieden und der Sieg unser, wenn jene Kollegen sich ihres klassenbewußtseins klar gewesen wären. Nun, der Quartalswechsel ist, die Arbeiten drängen, das Messer sitzt den Prinzipalen an der Kehle, sie wissen sich nicht mehr zu helfen. Selbst die Verleumdungen des Innungsvorstandes sowie deren Lohnkommission sind nicht im Stande, unseren fortwährend sich mehrenden Ergründungen Einhalt zu thun. Ein kräftiger Vorstoß seitens der Kollegen und die Macht des Kapitals ist gebrochen!

Wir wenden uns nun noch zum Schluß an die deutschen sowie nichtdeutschen Kollegen und ersuchen sie, uns in unserem Kampfe zunächst dadurch zu unterstützen, daß sie den Bezug nach Berlin fernhalten. Kollegen! Gegenwärtig sind die Herren Unternehmer auf der Suche nach Arbeitskräften in allen Städten und suchen Maler bei hohem Lohn hierher zu bekommen. Kollegen! Der Streit ist hier noch nicht beendet, laßt Euch nicht durch schöne Versprechungen verleiten, hier nach Berlin zu kommen, um Arbeit zu nehmen.

Kollegen, meidet Berlin und wir haben in kürzester Zeit einen vollständigen Sieg errungen!

Alle Zuschriften und Sendungen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Die Lohnkommission der Maler Berlins und Vororte.

J. A.: G. Link, Kottbuserdamm 34.

### Quittung

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 15. Februar 1896 bis zum 1. April 1896 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag (4. Quartal 1895) Verein graphischer Arbeiter 163,45 Mk. Quartalsbeitrag (4. Quartal 1895) Vereinigung der Maler 223,30 Mk. Quartalsbeitrag (4. Quartal 1895) Verband der Kürschner 10 Mk. Quartalsbeitrag (2. bis 4. Quartal 1895) Verband der Glasarbeiter 363 Mk. Quartalsbeitrag (4. Quartal 1892 und 1. bis 4. Quartal 1893) Unterstützungsverein der Putzmacher 633,90 Mk.

A. Demuth,  
Poolstraße 9, Etage 1.

Köln. Wie manche Hotel-Inhaber ihre Hausknechte ausnutzen, zeigt folgender Vorfall: In einem hiesigen Hotel hatte ein Fremder 14 Tage lang gewohnt und war nach Begleichung seiner Rechnung zur Bahn gegangen. Der Hausknecht des Hotels war dem Fremden nachgelaufen, hielt ihn auf dem Bahnhofe fest und verlangte 3 Mark Trinkgeld. Als der Reisende sich durchdrängte, um auf den Zug zu kommen, wandte sich der Hausknecht in nicht gerade zärtlichen Ausdrücken an einen Schuhmann um Hilfe, was eine Anklage gegen ersteren zur Folge hatte. In der Gerichtsverhandlung führte der Vertheidiger aus, die Portiers und die Hausknechte müßten monatlich — vierzehn Mark von ihren Trinkgeldern an das Hotel abgeben (!) und im Sommer einen weiteren Hausknecht anstellen. (!) Der Anwalt hob hervor, der Gast habe mit dem Hausknecht in keiner Verbindung gestanden. Diese hätten kein Recht, ein Trinkgeld zu verlangen. Im allgemeinen

Rathgeberin, Mitarbeiterin wäre, in deren Nähe ich nie mehr einsam, nie mehr gelangweilt, nie mehr ungeliebt mich fühlen würde . . . denn daß ich ihr theuer, aufs innigste theuer bin, daß weiß ich. Ihr Herz ist jung geblieben und kann noch schwärmerisch lieben. Daß ich der Gegenstand dieser Schwärmerie bin: die Entdeckung hat mich erschüttert, theils freudig, theils schmerzlich. Ich hatte geglaubt, eine andere sei die Urheberin gewisser Liebeszeichen — Blumen, mit zärtlichen Worten beschriebene Zettel und dergleichen, die ich am Ziele meiner gewohnten Spaziergänge vorfand — ich war nicht einmal sicher, daß ich der Adressat dieser süßen Botschaften sei (die verwickelte Geschichte erzähle ich Ihnen mündlich), aber jetzt habe ich Sicherheit.

„Ich war wieder einmal nach der „Waldhütte“ — das ist der betreffende Ort — gewandert, um vielleicht irgend ein Zeichen zu finden, es war aber nichts da. Zu Hause hatte ich gesagt, daß ich nach Zimndorf gehe und erst gegen Abend zurückkäme. Das war auch meine Absicht gewesen; aber kaum war ich außer dem Gartengitter, so hatte ich es mir schon anders überlegt, und statt den projektierten Besuch bei Stockings abzustatten, ging ich einfach nach der Waldhütte. Die Neugierde zog mich stets an diese Stelle. Doch, wie gesagt, es war nichts da — kein Brief, kein Strauß. Ich nahm den Thüreschlüssel aus meinem mir bekannten Versteck und begab mich in das Innere der Hütte. Von da wollte ich durch die Ritze der geschlossenen Fensterläden spähen, ob nicht zufällig der geheimnißvolle Bote sich zeigen würde. Und richtig, nach einer halben Stunde ungefähr sah ich jemand kommen. Sie war's: Frau Leonore!“

„Was nun? Würde sie ein Briefchen auf den Tisch legen? Und wenn sie es thäte, das wäre doch kein Beweis, daß sie selber die Schreiberin sei. Sie setzte sich auf die Bank hinter dem Tische. Mit äußerster Spannung verfolgte ich ihr Thun. Sie griff in ihre Tasche . . . Ein Briefchen? Nein! Was sie hervorholte, war ein Bleistift, und damit zeichnete sie etwas auf die Tischplatte ein. Dann stand sie sogleich auf und ging.“ (Fortsetzung folgt.)

Interesse müsse das Gericht gegen ein derartiges Verfahren der Hausknechte einschreiten. Das Gericht erkannte auf 5 Mark Geldstrafe gegen den Hausknecht.

Pasing bei München. Wegen Mahregelung eines Kollegen haben sämtliche Arbeiter der Regensteiner'schen Schuhfabrik die Arbeit niedergelegt. Sie sind Alle organisiert.

Aus Frankfurt a. M. berichtet die „Volksstimme“: „Den Mühlenarbeitern der Mehl- und Brotfabrik Hansen wurde vollständige Sonntagsruhe bewilligt. Wieder ein Schritt vorwärts durch die Müllerorganisation. Die Müller waren unter sich alle einig bis auf einen ehemaligen Untermüller, welcher seine Unterschrift verweigerte.“

Der Textilarbeiter-Kongress wurde am Sonnabend in Apolda eröffnet. Insgesamt waren 113 Orte vertreten. Zur Verhandlung stand vornehmlich die Streikbewegung in der Textilbranche. Der Vorsitzende Hübsch-Berlin erstattete einen Situationsbericht, aus dem hervorging, daß die Versuche, durch Streiks vorteilhaftere Arbeitsbedingungen zu erzielen, nur theilweise mit Erfolg begleitet gewesen seien. Ein von streikenden Textilarbeitern in Mülhausen i. E. eingegangenes Telegramm forderte dringend materielle Unterstützung. Das veranlaßte eine eingehende Besprechung der Streiks überhaupt, besonders des Ausstandes in Kottbus und Mülhausen. Eine Geldunterstützung wurde den Mülhäusern zugesagt, zugleich aber der Wunsch ausgesprochen, daß eine Beilegung des Streiks herbeigeführt wird. Die Streikenden in Kottbus wurden zum weiteren Aushalten aufgefordert. Damit für die Zukunft die Streitangelegenheiten planmäßig gehandhabt werden können, wurde beschlossen, eine Streit-Zentralstelle zu schaffen. Eine Protestresolution gegen die Handhabung der Vereinsgesetze wurde angenommen und ein einheitliches Reichsvereinsgesetz im Interesse der Koalitionsfreiheit gefordert. Ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosen-Versicherung von Seiten der Organisation fand nicht die genügende Unterstützung. Angenommen wurde weiter ein Antrag, welcher die Einführung eines Normalarbeitstages, die Arbeiterschutzgesetzgebung auch auf die Hausindustrie (Hausweberei), sowie die gesetzliche Festsetzung eines Minimallohnes für alle Zweige der Weberei und Wollerei forderte.

## Aus Nah und Fern.

Der Grenadier Ehrlicher vom Kaiser Alexander-Regiment, über dessen wiederholte Weigerung, ein Gewehr anzufassen, wir vor Kurzem berichteten, ist Dienstag zum dritten Male aus dem Militärarrestgebäude nach Spandau auf die Festung gebracht worden. Welche Strafe er bekommen hat, ist noch nicht bekannt; die letzte betrug 1 Jahr.

An die Freigebigkeit des Herzogs von Lauenburg hat der Arbeiter Kampfsky vergeblich appellirt. Die Feier des 80. Geburtstages des Herzogs am 1. April des vorigen Jahres wurde vielfach durch allerlei geräuschvolle Veranstaltungen begangen. Bei einer solchen Veranstaltung erlitt Kampfsky einen schweren Schaden. Derselbe war auf einer Beche beschäftigt gewesen und hatte den Auftrag erhalten, zur Feier des Tages Böller abzutrudden. Bei dieser Gelegenheit explodirte ein Böller, verletzte Kampfsky am Auge und am Knie und riß ihm die linke Hand ab. Kampfsky ersuchte die Knappschafts-Berufsgenossenschaft um Anerkennung einer Rente, wurde jedoch abgewiesen, da ein Betriebsunfall nicht vorliege. Das Schiedsgericht verurtheilte indessen die Berufsgenossenschaft zur Rentenzahlung und erklärte, es erscheine nicht angängig, den Begriff Betriebshandlungen auf diejenigen zu beschränken, welche den unmittelbaren Zwecken des Unternehmens dienen, vielmehr sei es geboten, hier auch die Verrichtungen mit einzubegreifen, welche an sich zwar nur in einem mittelbaren Zusammenhang mit dem Betriebe als solchen stehen, aber durch diesen veranlaßt werden. Der 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck sei in ganz Deutschland in hervorragender Weise gefeiert worden, was seinen Grund darin haben dürfe, daß dem Fürsten Bismarck, abgesehen von seiner sonstigen Wirksamkeit und Bedeutung, insbesondere Seitens der Gewerbetreibenden große Verdienste um die Hebung der Industrie zugeschrieben werden. Daher trage das Schiedsgericht keine Bedenken, den Unfall des Klägers als einen Betriebsunfall anzuerkennen. Nachdem das Reichs-Berufsgenossenschaftsamt diese Entscheidung bestätigt hatte, gab, wie man der „Volksztg.“ schreibt, die Berufsgenossenschaft dem Verletzten, der eine Frau und drei Kinder besitzt, eine Rente von 31 Mark 40 Pf. monatlich. Kampfsky erklärte aber, hiervon sich und seine Familie nicht ernähren zu können, eine Stellung als Portier und Vot, die er mit einem Arm verrichten könne, finde er nirgends und könne daher nichts zuverdienen. Das Schiedsgericht wies aber die zweite Berufung des Klägers mit der Forderung auf Erhöhung der Rente ab. Das Schiedsgericht führte aus, für die Festsetzung der Höhe der Unfallrente sei nur die infolge Betriebsunfalls erlittene Erwerbsunfähigkeit maßgebend und nicht die Arbeitslosigkeit. Auf Zureden einiger Freunde wandte sich nunmehr zum 1. April der Kläger an den Fürsten Bismarck mit der Bitte, ihm in seiner verzweifelten Lage eine kleine Unterstützung zukommen zu lassen. Ein Schreiben vom fürstlichen Sekretariat eröffnete indessen dem armen Krüppel in dem üblichen Kanzleistil, daß er abschlägig beschieden sei und daß er vom Fürsten nichts zu erwarten habe. — Das war vorauszu sehen! Bismarck hat es von jeher verstanden zu nehmen als zu geben!